

Die Schweiz und die Vereinten Nationen

Autor(en): **Böschenstein, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK**

Band (Jahr): - **(1945)**

Heft 1043

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-691765>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE SCHWEIZ UND DIE VEREINTEN NATIONEN.

(Mr. Hermann Böschenstein, Berne correspondent of the "National Zeitung," Basle, has kindly answered our request and has allowed us to publish an article of his on a subject which is of extreme interest. We are greatly indebted to him.— Editor.)

In der Herbstsession der Bundesversammlung liess der Bundesrat allen Mitgliedern beider Kammern die Satzungen der Vereinten Nationen und das Statut des Internationalen Gerichtshofes in deutscher und französischer Sprache zustellen. Am 28. Oktober hielt der Chef des Eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Max Petitpierre am freisinnigen Parteitag in Basel eine Rede, die sich ausführlich mit der Stellung der Schweiz zur Charta befasste. Er bezeichnete die Frage des Beitritts der Schweiz als ein fundamentales Problem, mahnte dazu, den Siegermächten Vertrauen entgegenzubringen und sich nicht von der am 2. Oktober erfolglos auseinandergegangenen Aussenministerkonferenz entmutigen zu lassen und erklärte, die Schweizer, müssten zur Charta der Vereinten Nationen eine positive Haltung einnehmen. Kein Land könne gegenüber diesem Versuch, durch die Organisation einer neuen Völkergemeinschaft eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen, gleichgültig bleiben. Der Bundesrat habe sich sofort nach Bekanntgabe des Wortlauts der Charta damit befasst und Sachverständige einberufen.

Diese Kommission tagte am 14. und 15. November im Bundeshaus. Sie bestand aus sechs Experten, nämlich dem Präsidenten des Bundesgerichts, Prof. Dr. Bolla, Bundesrichter Dr. Hans Huber, Oberstdivisionär Gonard, dem Kommandanten der 9. Division und den Professoren William Rappard (Genf), Jean R. von Salis (Zürich) und Dietrich Schindler (Zürich); zu ihnen kamen 35 Mitglieder einer Konsultativkommission, nämlich elf Parlamentarier, ein Vertreter des Bundesgerichts, vier hohe Offiziere, unter Ihnen Generalstabschef de Montmolin, der Direktor der Handelsabteilung, Prof. Max Huber vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, neun Hochschulprofessoren, acht Vertreter von grossen Verbänden, namentlich der Wirtschaft, darunter Minister Sulzer und die Präsidentin des Verbandes für Frauenstimmrecht, Frau E. Vischer-Alioth. Unter den weiteren beigezogenen Persönlichkeiten befand sich auch der schweizerische Gesandte in London, Minister Dr. Paul Ruegger. Die Kommission gab ein Communiqué heraus, das die Beratungen in die Erklärung zusammenfasste: "Die Kommission war einhellig der Ansicht, dass die Schweiz nicht abseits von einer weltumfassenden Organisation stehen könne, die, wie die Vereinten Nationen, darauf abzielt, einen Zustand dauernden Friedens einzurichten, dass aber die besondere Stellung, die sich für die Eidgenossenschaft aus ihrer immerwährenden Neutralität ergibt, aufrechterhalten bleiben müsse."

Wir haben diese kurzen offiziellen Tatsachen und Verlautbarungen vorweggenommen; es wäre ihnen etwa noch beizufügen, dass der neue Präsident des Nationalrates, Robert Grimm, bei der Uebernahme seines hohen Amtes im Parlament eine Rede hielt, in der der langjährige Chef der Sozialisten erklärte: "Unsere Aufgabe drängt uns auf die Linie der gegenseitigen Verständigung und Solidarität, national und international. Weltweite Probleme harren ihrer

Lösung. Unser Anteil daran, der Anteil des Schweizervolkes an ihr, wird und kann nur ein bescheidener sein. Dennoch, in dem uns gestellten Rahmen haben auch wir unser Wort dabei zu sagen und wir wollen es als heilige Verpflichtung tun." Grimm hatte sich kurz zuvor unter den Teilnehmern der Konferenz der Kommission befunden.

Diese Feststellungen allein genügen schon, um das ganze Problem für die Schweiz zu umreissen: *Mitgliedschaft* einerseits, *Neutralität* andererseits. Bundesrat Petitpierre hat dies eingangs, nach dem Hinweis auf die immerwährende Neutralität der Schweiz, wie folgt ausgesprochen: "Einerseits Wahrung unserer Unabhängigkeit und Festhalten an unserer Neutralität, unter allzeitiger Bereitschaft zur Verteidigung der einen wie der andern; andererseits Mitarbeit an allen Bestrebungen, die — auf jedwelchem Gebiet — zur Förderung des friedlichen Einvernehmens unter den Völkern beitragen können. Wie weit wir noch heute oder gar morgen an dieser Politik, die uns klar und natürlich, die uns als die einzig gangbare erscheint, werden festhalten können, ist das Grundproblem, das sich am Ende des Krieges für uns stellt."

Wir sehen also, dass sich die verantwortlichen Kreise der Schweiz eingehend mit dem Statut der Vereinten Nationen beschäftigen und versuchen, eine Lösung herbeizuführen, die, wie das 1920 durch die Londoner Erklärung der Mächte geschah, eine Synthese zwischen Mitgliedschaft und Aufrechterhaltung der Neutralität schuf. Nur eine kleine politische Minderheit, die Partei der Arbeit, die im wesentlichen mit den früheren Kommunisten identisch ist, verlangt die vollständige Preisgabe der Neutralität. Ueber das Mass der Konzessionen, die auf Kosten der Neutralität gemacht werden können, gehen begreiflicherweise die Ansichten auseinander; dies hängt schliesslich für die meisten Schweizer davon ab, was der Schweiz dagegen geboten werden kann. Und damit kommen wir auf einige politische Feststellungen, die nicht scharf genug unterstrichen werden können.

Zunächst einmal muss gesagt werden, dass die Rückgewinnung der "integralen Neutralität," also der Rückzug von der völkerbundsbedingten "differenzierten Neutralität" kurz vor Kriegsausbruch als ein grosser Erfolg des Bundesrates gefeiert wurde. Durch eine Resolution des Völkerbundsrates vom 14. Mai 1938 wurde vom Memorandum des Bundesrates Kenntnis genommen, dass sich die Schweiz in keiner Weise mehr an den Sanktionsbestimmungen des Völkerbunds Paktes beteiligen werde; der Völkerbundsrat erklärte, die Schweiz werde nicht mehr eingeladen werden, an Sanktionen gegen einen Friedensbrecher mitzuwirken. Am 21. Juni gaben die deutsche und die italienische Regierung in beinahe gleich lautenden Noten ihrer Befriedigung über den Rückzug der Schweiz Ausdruck und versicherten, die Neutralität werde von ihnen als wichtiges Element des Friedens anerkannt und geachtet werden. Durch das Schweizervolk ging ein hörbares Aufatmen; man glaubte, nun sei im Hinblick auf den drohenden Weltkonflikt ein wichtiger Schritt zur Sicherung des Friedens getan. Als der Krieg ausbrach, erfuhr die integrale Neutralität eine geradezu extensive Interpretation, gegen die sich beispielsweise die Presse wiederholt zur Wehr zu setzen hatte. Die Neutralität nämlich bindet nur den Staat, nicht aber die freie Meinungsäusserung des einzelnen Bürgers, wie das die nationalsozialistische Regierung gerne interpretiert hätte, und selbst

Bundesrat Motta, der doch nach dem Abessinienkonflikt und dem Zusammenbruch der kollektiven Sicherheit unentwegt an der Wiederherstellung der uneingeschränkten Neutralität arbeitete, musste feststellen, dass diese der freien und demokratischen Presse der Schweiz nicht zum Maulkorb werden könne. Trotzdem verfolgte die Pressekontrolle während des Krieges die Tendenz, die strikte Neutralität auch auf dem Gebiete der Meinungsäusserungen als eine der Sicherheitssäulen der Schweiz zu bezeichnen. Das Volk wurde in Reden, Abhandlungen seiner Politiker und Historiker und Zeitungsartikeln zur Neutralität erzogen; sie ging den Schweizern sozusagen in Fleisch und Blut über, and deswegen fällt es heute so schwer, die öffentliche Meinung allenfalls dafür zu erwärmen, dass von neuem ein Teil der uneingeschränkten Neutralität preisgegeben werden könnte. Sodann belehrt ein Vergleich zwischen dem Weltkriegsende 1918-1919 und heute, dass damals die Schweiz einen eigenen Entwurf zu einem Völkerbundspakt ausarbeitete, dass von allem Anfang an die Mächte hofften, die Schweiz werde Mitglied werden, dass sie dazu eingeladen wurde, dass bald einmal Genf als Sitz ausersehen wurde, dass schon am 4. August 1919 der Bundesrat in einer Botschaft an die Räte den Beitritt der Schweiz vorschlug und im November darauf das Parlament den Beitritt beschloss unter Vorbehalt der Genehmigung durch Volk und Kantone und schliesslich das Schweizervolk in denkwürdiger Abstimmung am 16. Mai 1920 den Beitritt beschloss. Und heute? Heute haben die Neutralen bei weitem nicht die Wertschätzung wie nach dem ersten Kriege; kein Mensch hörte auf sie, als die Charta von San Francisco ausgearbeitet wurde, die Idee eines schweizerischen Entwurfs würde sich heute wie ein Scherz ausnehmen, und mit einer der drei Weltmächte, mit Russland, hat die Schweiz nicht einmal diplomatische Beziehungen.

Seit dem Zusammenbruch der Achsenmächte haben die Hoffnungen auf eine schnelle Schaffung einer neuen kollektiven Sicherheit so schwere Rückschläge erfahren, dass heute geistige Führer der Schweiz die der kluge Zürcher Historiker und Radiosprecher Prof. von Salis geradezu aufrufen zur Bekämpfung eines neuen Defaitismus, wonach der

Friede verloren sei. Und deswegen müssen wir in aller Offenheit zugeben, dass die Charta der Vereinten Nationen in der Schweiz bis heute mit einer grossen Gleichgültigkeit zur Kenntnis genommen wurde, dass sich gar keine Grundwelle der Begeisterung zeigt, vielmehr eine müde Resignation, die etwa ausdrückt: Natürlich müssen wir Mitglied werden, denn wir gehören zur Welt und sind der Demokratie und den humanitären Idealen verpflichtet, aber bis jetzt sieht es nicht darnach aus, als ob wir mit der neuen Völkerfamilie bessere Erfahrungen machen würden als mit der alten.

Seit Kriegsausbruch haben mehrere grosse Wellen das sonst eher stille Meer der öffentlichen Meinung der Schweiz bewegt. Die grösste, schon fast eine ozeanische Sturzflut, war der Ruf nach Säuberung der Schweiz von unzuverlässigen, undemokratischen, gefährlichen ausländischen Elementen, die im Falle eines Krieges der Achsenmächte gegen die Schweiz zweifellos, die dunkle Rolle der Fünften Kolonne gespielt hätten. Mit unwiderstehlicher Wucht verlangte das Volk die Ausweisung dieser Dunkelmänner, und seither sind denn auch über tausend Deutsche und einige Italiener ausgewiesen worden. Die zweite, noch andauernde Bewegung ist diejenige der sozialen Gerechtigkeit, der Altersversicherung, des Teuerungsausgleichs, der besseren Arbeitsbedingungen in rückständigen Wirtschaftsgruppen. Gewissmassen die dritte Bewegung ist entstanden aus der Sehnsucht, den Anschluss an die grosse Welt wieder zu finden, die schweizerische Arbeit in aller Welt zu Ehren und Ansehen zu bringen, die Schweiz den erholungsbedürftigen Ausländern zu öffnen, die Verhältnisse sich normalisieren zu sehen; man denke nur daran, dass etwa 300.000 Schweizer des Viermillionenvolkes vor dem Krieg im Ausland ihr Brot verdienten. Deswegen sind die bis heute eingereisten 150.000 amerikanischen Urlauber mit so grosser Freude begrüsst worden, deswegen ist jede neue Flugverkehrslinie ein Ereignis für das ganze Volk, und deswegen wird eine *dauerhafte und namentlich auch dem kleinen Staat ihre Lebensrechte gewährende internationale Sicherheitsorganisation mit ehrlicher Bereitschaft zur Mitarbeit geprüft und gebilligt werden.*

ALLTRANSPORT & STORAGE LTD.

Directors: O. A. DETTWILER, F.S.F. (SWISS). H. E. NACHBUR, F.S.F. (SWISS). F. T. SMITH. Secretary: MAJ. F. N. RODGERS.

Cartage Depot:
8, EAGLE WHARF ROAD,
NEW NORTH ROAD,
LONDON, N.1.

Head Office:
ALLTRANSPORT BUILDING
LITTLE TRINITY LANE
LONDON · E · C · 4

Telephone:
CENTRAL 6341 (6 Lines).

Cables: ALLTRANS.

::: *Swiss and American Traffic Specialists* :::

Associated Firms:

ALLTRANSPORT INCORPORATED

BUENOS AIRES (Argentina) R.S. Pena 616, Escr. 605.
GUAYAQUIL (Ecuador) Casilla 948.
HAVANA (Cuba) Virtudes 667.
LIMA (Peru) Av. Wilson 718.

MEXICO DF (Mexico) San Juan de Letran 13, PO Box 2397
NORFOLK (Virginia) Bankers Trust Building 1.
RIO DE JANEIRO (Brazil) Av. Almirante Barroso 91.
SANTIAGO (Chile) Casilla 998.

ALLTRANSPORT INCORPORATED

6 STATE STREET NEW YORK 4 N.Y. Cables: ALLTRANS

O. A. DETTWILER, ALEX. FLOCH, R. O. HALLER, H. E. NACHBUR, A. F. ZUEND.